Einzelpreis 10 Pfg • Jahrgang 2 | Mittwoch, den 4. Juni 1919 | Nummer 268 ✕ Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatl. 2,50 M., bei Zustellung unter Streifband 4,50 M. Die „Freiheit" ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile oder deren Raum 1,20 M., Wohnungsanzeigen das fettgedruckte Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Teuerungszuschlag 50 Proz. Familien- und Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Streikbewegung in Frankreich.

Der Generalstreik in Paris.

Versailles, 3. Juni.

Wie schon gemeldet, streiken seit heute früh sämtliche Untergrundbahnangestellte, Beamte und Arbeiter. Der gesamte Verkehr ruht. Wie die Abendblätter mitteilen, haben in den Vormittagsstunden streikende Untergrundbahnangestellte begonnen, Omnibusse und Straßenbahnen in Paris anzuhalten. Nachmittags ruhte auch der gesamte Betrieb dieser beiden Verkehrsmittel.

Die Bewegung greift immer weiter um sich. In sämtlichen Vororten von Paris, die wie Boulogne, Billancourt und St. Denis große Industriemittelpunkte sind, haben sämtliche Metall-, Automobil- und Flugzeugfabriken usw. im Laufe des heutigen Vormittags schließen müssen. In der französischen Provinz beginnen sich jetzt auch in den Departements am Jura Bewegungen bemerkbar zu machen. Dabei erklären sämtliche Blätter, daß der Streik in voller Entwicklung steht und noch weiter um sich greifen wird. „Populaire" bezeichnet den Streik als Generalstreik aller Transportarbeiter von Paris. Das Blatt erklärt, daß die Arbeiterschaft nicht nur bessere Löhne und den achtstündigen Tag durchsetzen, sondern vor allem gegen die verbrecherische Fortsetzung des Kriegs mit der Arbeiterschaft Rußlands und den Arbeiterrevolutionen protestieren wolle. Die Regierung werde gut daran tun, dies nicht aus den Augen zu verlieren. Nichts könne die Volksstimme verhindern, sich Gehör zu verschaffen und den Willen der Arbeiterschaft auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet sowie auf dem Gebiet der allgemeinen Politik zu bekunden.

Die österreichischen Friedensbedingungen.

Wien, 3. Juni.

Unter dem Eindruck der harten Friedensbedingungen der Entente trat der Hauptausschuß unter Vorsitz des Präsidenten zu einer Beratung zusammen. Der Staatssekretär des Aeußeren, Bauer, erstattete eingehenden Bericht, aus dem sich ergibt, daß bei einem Festhalten der Entente an den von ihr gestellten Bedingungen eine Lebensmöglichkeit für die deutsch-österreichische Republik nicht gegeben erscheint.

In der anschließenden Diskussion fand der Bericht Bauers bei den Vertretern aller Parteien einmütige Zustimmung. Es wurde zur Kenntnis genommen, daß sich Präsident Seitz, Vizepräsident Fink und Staatssekretär Bauer heute abend nach Feldkirch begeben, um dort mit Staatssekretär Renner, der in den nächsten Stunden dort eintreffen, in unmittelbare Fühlung zu treten. Die drei Beamten werden Freitag wieder nach Wien zurückkehren und dann dem sofort zusammentretenden Hauptausschuß neuerdings berichten.

Oesterreich stellt den Zinsendienst für die Staatsschuld ein.

Wien, 3. Juni

Das Korrespondenz-Bureau teilt mit: Da bisher trotz der inständigen Bemühungen der Deutschösterreichischen Regierung eine Vereinbarung über die Anteilnahme der Nationalstaaten an dem Dienste der allgemeinen und der österreichischen Staatsschuld nicht zustandegekommen ist, andererseits dem deutschösterreichischen Staate nicht zugemutet werden kann, wenn auch nur für eine Uebergangsperiode und vorschußweise, das gesamte Erfordernis für den Dienst der altösterreichischen Staatsschuld aus eigenen Mitteln zu bestreiten, wird die deutschösterreichische Finanzverwaltung die Einlösung von Fälligkeiten der alten Staatsschuld im Inlande einstellen, jedoch zunächst die Maifälligkeiten, soweit bei deren Honorierung ein deutschösterreichisches Interesse gegeben ist, zum vollen Einlösungsbetrage im Inlande ankaufen.

Zwei Noten an Foch.

Herr Erzberger hat an Marschall Foch zwei Noten gerichtet, in denen er gegen die Unterstützung der Losreißungsbestrebungen im Rheinlande durch französische Besatzungsbehörden protestiert und weiter fordert, daß der deutschen Regierung in der Ausübung der Regierungsgewalt in den besetzten Gebieten keine Schwierigkeiten gemacht werden. In der zweiten Note heißt es:

„Die Handlungsweise jener Individuen stellt sich als ein Unternehmen des Hochverrats gegen das Reich nach den Bestimmungen des Reichs-Strafgesetzbuches dar. Nach dem deutschen Gerichtsverfassungsgesetz ist das deutsche Reichsgericht in Leipzig zur Aburteilung dieses Verbrechens zuständig. Die deutsche Regierung hat den zur Verfolgung von Verbrechen des Hochverrats zuständigen Oberreichsanwalt in Leipzig angewiesen, gegen die Hochverräter das gerichtliche Verfahren einzuleiten."

Zum Schlusse der Note wird der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die örtlichen Besatzungsbehörden der Durchführung des Verfahrens keinerlei Hindernisse in den Weg legen und daß sie insbesondere zulassen, daß alle des Hochverrats beschuldigten Personen verhaftet und zur Aburteilung an das zuständige Reichsgericht überführt werden.

Höchst a. M., 3. Juni.

Heute früh ist die gesamte Bürgerschaft geschlossen in den Abwehrstreik gegen den Putschversuch eingetreten. Die Bewegung ging von der Arbeiterschaft der Farbwerke aus, die in gewaltigem Demonstrationszuge die Stadt durchzog. Alle Geschäfte und Betriebe waren im Augenblick geschlossen. Die französische Besatzung hielt sich in ihren Quartieren auf. Die Streikbewegung griff im Laufe des Vormittags auch auf den Nachbarort Ried und die Eisenbahnwerkstätte Ried über.

Vorrücken der Ungarn.

Wien, 3. Juni

Nach Meldungen aus Prag herrscht dort teilhafteste Bestürzung über die aus der Slowakei kommenden Nachrichten. Ein Drittel der Slowakei ist bereits in den Händen der Magyaren. Kaschau ist geräumt, in Preßburg werden Vorbereitungen zur Räumung getroffen. Während sich die tschechischen Soldaten tapfer schlagen, gehen die slowakischen scharenweise zum Feinde über.

Die Lösung des Adriaproblems vertagt.

Paris, 4. Juni.

Die „Liberte" teilt mit, daß die Lösung des Adriaproblems vertagt wurde, und daß die serbo-kroatisch-slowenische Delegation die von Wilson, Clemenceau und Lloyd George ausgearbeiteten Vorschläge nicht angenommen hat.

Eine scharfe Erklärung der Rumänen.

Paris, 4. Juni. (Havas.)

Die rumänische Delegation übergab gestern vor Eröffnung der Sitzung eine sehr scharfe schriftliche Erklärung, in der sie ihre Vorbehalte bezüglich der Artikel aufrecht erhält, gegen die sie im Verlaufe der interalliierten Beratungen protestiert hatte.

Toller in München verhaftet?

München, 4. Juni.

Die „Neue Berliner Zeitung" berichtet: Der mehrmals totgesagte Führer der roten Armee, Toller, auf dessen Ergreifung eine Belohnung von 10 000 M. ausgesetzt war, ist heute nacht in einem Hause an der Wernecksstraße verhaftet worden.

Wachsam wie die Schloßhunde.

Uns liegt folgender Befehl auf den Tisch:

Nördliche Militärarrestanstalt.

Nr. I. 870 077. Berlin, den 10. 8. 1918.

Besondere Anweisung für den Posten auf dem vierten Flur der Wache in der Nördlichen Militärarrestanstalt.

Der Posten patrouilliert auf dem vierten Flur und hat besonders auf den Arrestanten der Zelle 141 zu achten. Bei Vorführungen zu Vernehmungen, Sprecherlaubnissen usw. hat er den Arrestanten dauernd zu bewachen.

Der Kommandant.

A. V.: gez. von Holthoff, Hauptmann und Adjutant.

Um Irrtümern vorzubeugen, wollen wir ausdrücklich bemerken, daß sich die in dem Befehl angeordnete Wachsamkeit nicht auf den Mörder Vogel bezog, sondern auf den Hauptmann v. Beerfelde, als dieser im Jahre 1918 wegen seiner pazifistischen Gesinnung hinter Kerkermauern saß.

Eine Rettungsaktion.

Es muß schlecht bestellt sein um die Stimmung in den Freiwilligenkorps, denn zwei prominente Vertreter der rechtssozialistischen Militaristen, der Reichswehrminister Noske und der Gouverneur von Berlin, Schöpflin, treten gleichzeitig mit Kundgebungen im Interesse der Freiwilligentruppen hervor. Im Auftrage der Reichsregierung spricht Noske den Freiwilligentruppen die Anerkennung dafür aus, daß sie „den offenen Aufruhr niedergezwungen, sich mit ihren Leibern schützend vor die Volksmassen, die Nationalversammlung und die Regierung gestellt" haben. Auch weiter müssen die Freiwilligentruppen Deutschland vor dem „Chaos" bewahren. Aber die bösen „Hetzblätter" wollen die Freiwilligen zermürben und zum Auseinanderlaufen bringen. Sie wollen, daß sie auf die Straße gesetzt und arbeitslos gemacht werden. „Dann würden die Leute, die uns russische Zustände bereiten wollen, freie Bahn haben."

Einen solchen Zustand will Noske nie und nimmer dulden. Darum verkündet er:

Die Freiwilligen können wegen ihrer Zukunft so beruhigt sein, wie es in dem hart geprüften Deutschland möglich ist. Ihre Leistungen werden voll anerkannt. Das findet seinen Ausdruck dadurch, daß dieser Tage eine ganze Anzahl von Männern aus dem Mannschaftsstand zu Offizieren befördert wurden.

Der notwendig werdende Abbau des Heeres wird nur langsam von statten gehen. Dabei werden die wohlerworbenen Rechte der Berufssoldaten voll respektiert werden; dem Boykott, der den Freiwilligen angedroht wird, werden wir zu begegnen wissen. In den Betrieben des Reiches wird, falls eine Achtung der Freiwilligen weiter versucht werden sollte, Platz freigehalten werden, wenn sie ins bürgerliche Leben zurückkehren. Ebenso werden bei der eingeleiteten großzügigen inneren Kolonisation die Freiwilligen in erster Reihe neben den Kriegsbeschädigten bei der Ansiedelung Berücksichtigung finden.

Der Schwerpunkt dieser Versprechungen liegt darin, daß der von den Arbeitern spontan eingeleitete Boykott als belanglos erklärt wird, weil die Regierung dieser Drohung der Arbeiter zu begegnen wissen werde. Wir meinen, daß Herr Noske hier ein bißchen zu viel verspricht. Eine Regierung, die noch immer vorgibt, daß sie sich auf die Mehrheit der Arbeiterbevölkerung stütze, kann die elementar um sich greifende Abwehrstimmung gegen die Angehörigen der weißen Garden nicht mit Noskeschen Gewaltmitteln aus der Welt schaffen; sie kann, selbst wenn sie die größten Anstrengungen macht, das großspurige Versprechen Noskes an die Freiwilligen nicht einlösen.

Sie scheint das auch selbst zu begreifen, denn außer diesem Versprechen wirft Herr Noske in seinem Erlaß noch einige andere Köder an die Freiwilligen hin: er sucht sie zu gewinnen mit dem Hinweis auf die Beförderung einer Anzahl Mannschaften zu Offizieren, auf die Wahrung der Interessen der Berufssoldaten, auf die Bevorzugung der Freiwilligen bei der inneren Kolonisation und auf die Freihaltung von Plätzen in den Betrieben des Reichs. Nun weiß man wenigstens, weshalb die Spandauer Heereswerkstätten geschlossen und die Arbeiter auf die Straße gesetzt wurden: es soll bei ihrer Wiedereröffnung Arbeitsgelegenheit für die boykottierten Freiwilligen geschaffen und der Abwehraktion der Arbeiterschaft die Spitze abgebrochen werden; es soll eine Schicht von Bevorzugten und Privilegierten gebildet und ein neuer Keil in die Arbeiterschaft hineingetrieben werden. Nützen wird das den so in Schutz Genommenen nicht viel. Aber über den Geisteszustand des Herrn Noske und seiner Kollegen geben diese Drohungen und Versprechungen wertvollen Aufschluß.

Soviel über Herrn Noske, dem die Arbeiterschaft auch auf diesen Erlaß die Antwort nicht schuldig bleiben wird. Nun noch einige Worte über Herrn Schöpflin, der in einem längeren Artikel im „Vorwärts" die Regierungstruppen warm in Schutz nimmt und alle von der Arbeiterschaft gegen sie erhobenen Beschuldigungen als Ergebnis einer böswilligen Hetze hinstellt. Er gibt zwar zu, daß den Freiwilligentruppen noch „große Mängel" anhaften und daß bei ihren Aktionen „bedauerliche Uebergriffe" sich ereignen, er schiebt aber, neben der allgemeinen Verwilderung durch den Krieg, den revolutionären Aktionen der Arbeiterschaft die Hauptschuld an den Ausschreitungen der Regierungs-

truppen zu. Und mit einer Wärme, die wahrlich einer besseren Sache würdig gewesen wäre, tritt er der Anschauung entgegen, daß die Freikorps als Werkzeuge der Reaktion geschaffen und gebildet worden sind und daß sie mehr und mehr in ein willenloses Instrument der Gegenrevolution verwandelt werden.

Diese letzten Aeußerungen decken am besten die Geistesverfassung der regierenden Rechtssozialisten auf. Sie sehen nicht und wollen nicht sehen, daß ihnen die Gegenrevolution bereits über den Kopf gewachsen ist und daß sie selbst nur noch Hampelmänner in der Hand der im Schatten stehenden Drahtzieher der Konterrevolution sind. Sie schreien Zeter und Mordio über die unbequemen Kritiker, die diesen Tatbestand an der Hand untrüglicher Symptome aufweisen, sie jammern über die Böswilligkeit, die ihre angeblich guten Absichten und Reformpläne verkennt, und gelangen durch die gedankenlose Anwendung der schlimmsten Gewaltmittel des alten Regiments und durch die fortgesetzte Niederknüppelung aller selbständigen Regungen der Arbeiterklasse nur immer mehr in Abhängigkeit von ihren militärischen Ratgebern und der hinter ihnen stehenden konterrevolutionären Kreise. So wächst das Verhängnis mit jedem Tage, und immer drohender wird die Gefahr, daß die künstlich in Zersplitterung gehaltene und ihrer Waffen beraubte Arbeiterklasse durch die unselige Politik der rechtssozialistischen Führer der Reaktion ausgeliefert wird, die von den regierenden Rechtssozialisten mit allen Machtmitteln des Staates wieder ausgerüstet worden ist.

Diese Gefahr sieht auch Herr Schöpflin nicht. Er setzt sich mit leeren Redensarten über sie hinweg und mißbraucht sogar die von der Entente geforderte Entmilitarisierung Deutschlands als Argument für die Notwendigkeit des von der Regierung eingeschlagenen Weges. Wohin soll es führen, fragt er entrüstet, wenn die Konfliktsstimmung gegen die Freiwilligentruppen „weiter gesteigert" wird, jetzt, wo wir nach dem Gebot der Entente nur eine auf der Freiwilligkeit aufgebaute bewaffnete Macht haben dürfen? Diese Frage ist köstlich, denn sie beweist aufs neue schlagend, daß die regierenden Rechtssozialisten sich kein anderes Freiwilligensystem vorstellen können, als das unter Leitung des Eden-Hotels geschaffene System der Weißen Garden, in dem der Militarismus des kaiserlichen Deutschland seine Auferstehung feiert. Kein Freiwilligenheer auf demokratischer Grundlage, aufgebaut auf dem Willen der sozialistischen Arbeiterschaft, straff zusammengefaßt durch eigene gewählte Leitung, kontrolliert durch die berufenen Vertreter der Arbeiterschaft, sondern ein Heer aus Söldlingen, geködert durch hohen Lohn, gute Verpflegung, reichliche Zuwendungen, privilegierte Stellung gegenüber der Bevölkerung und befehligt von dem alten adligen Offizierkorps, das diese Söldnerscharen mit Hilfe einer grausamen Disziplin und unter Ausschaltung der wesentlichsten Funktionen der Vertrauensmänner der Soldaten in ein willenloses Werkzeug ihrer Macht umgeschmiedet hat! Das ist das Militärprogramm dieser Regierung, das ist das Ziel, auf das sie hinarbeitet, das ist der Weg, auf dem sie die Arbeiterschaft zu locken sucht, befangen von blasser Furcht, daß die wachsende Gärung unter den Arbeitern ihr dieses letzte Mittel ihrer scheinbaren Macht, in Wirklichkeit das eigentliche Mittel der Konterrevolution, aus der Hand schlagen könnte.

Aufreizung zum Klassenhaß.

Unglaublich, aber wahr!

Was bisher in der Revolution nicht für möglich gehalten wurde, das hat die Breslauer Justiz fertig gebracht. Sie hat den Arbeiter Robert Langs als verantwortlichen Redakteur des „Spartakus" wegen Aufreizung zum Klassenhaß unter Anklage gestellt. Das strafbare Vergehen wurde in zwei Artikeln erblickt, die die Ueberschrift trugen: „Freiwillige vor zum Geldschuß!" und „Die Wahrheit über den oberschlesischen Bergarbeiterstreik".

Der Vertreter der Anklage, Staatsanwalt Krinke, dem schon unter den Hohenzollern die Strafverfolgung der Breslauer Arbeiterbewegung oblag, und der sich dabei großer Verdienste rühmen konnte, sah in beiden Artikeln „eine Verhetzung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegen einander". Er beantragte gegen den völlig unbescholtenen Angeklagten eine Gefängnisstrafe von drei Monaten.

Der Gerichtshof nahm bezüglich des ersten Artikels an, daß er nur „theoretischen Charakters" sei, aber keine Aufreizung zum Klassenhaß im Sinne des Strafgesetzes enthalte. Dagegen lägen diese Voraussetzungen bei dem zweiten Artikel vor, in dem gesagt sei, daß die Breslauer Proletarier endlich erwachen und dem Kapitalismus energisch zu Leibe gehen müßten. Darin müsse eine Aufreizung zum Klassenhaß erblickt werden, zumal in der jetzigen ernsten Zeit ein derartiger Artikel „verderblich und verhetzend" wirke. Die beantragte Strafe von drei Monaten sei daher durchaus angemessen.

Wir halten das Urteil, gelinde gesagt, für einen Skandal. Die Herren, die heute die einflußreichen Regierungsposten besetzt haben, haben vor dem Kriege, als sie noch Sozialisten waren, sich in Dutzenden von Fällen in ähnlicher Weise ausgedrückt. Und ein Sturm der Empörung ging durch die gesamte Arbeiterpresse, wenn die Klassenjustiz des Hohenzollernstaates wegen eines solchen Artikels einen Redakteur auf die Anklagebank zerrte und den bedrohten Klassenstaat durch ein Tendenzurteil zu retten versuchte. Sieben Monate nach der Revolution werden unter der Billigung und Zustimmung dieser ehemaligen Arbeitervertreter die gleichen Tendenzurteile gefällt und das Verlangen nach Beseitigung des Kapitalismus ist wie im Hohenzollernstaate wieder eine strafbare Handlung geworden! Der Charakter dieser Regierung kann kaum besser beleuchtet werden, als durch ein solches Urteil.

Die Franzosen über den Parteitag der S.P.D.

„Le Populaire" vom 28. Mai schreibt anläßlich des bevorstehenden Parteitages der deutschen Rechtssozialisten:

„In weniger als 14 Tagen wird der Parteitag der deutschen Mehrheitssozialisten in Weimar eröffnet werden. Wird dann Scheidemann noch am Ruder sein? Niemand kann darüber etwas mit Sicherheit voraussagen, denn trotz aller Sicherungen Noskes steht das Koalitionskabinett in Berlin auf weniger festen Füßen als je.

Es dürfte überflüssig sein, das Interesse hervorzuheben, das dieser Kongreß bieten wird. Wir werden erfahren, inwieweit die Vertrauensleute, die ihren allen kompromittierten Führern Vertrauen geschenkt haben, ihren Führern, die in die Intrige der „Klassenversöhnung" verstrickt sind, weiterhin willig folgen werden. Denn der deutschen Sozialdemokratie ist es genau so wie allen Gliedern der Internationale während des Krieges gegangen. Die Maschinerie klappte nicht mehr, denn es bemächtigte sich eine kleine Clique der Leitung und ordnete die allgemeinen Interessen des Proletariats ihrem eigenen Ehrgeiz unter. Die Unabhängigen, die seiner Zeit eine reinliche Scheidung vornahmen, hatten wohl auf ihrer Seite eine gewaltige Menge von Arbeitern hinübergezogen, aber solange der blutige Kampf in ganz Europa tobte, solange das Wort und die Feder unterdrückt waren, konnte die notwendige Aufklärung nicht frei vonstatten gehen. Die Auseinandersetzungen, die teils in der Presse, teils in den Volksversammlungen während der letzten sechs Monate stattgefunden haben, haben den Arbeitern die Augen öffnen müssen, sowohl über den Wert der Handlungen als auch über die Moral der Personen. Die Mehrheitler waren während des Weltkrieges die mehr oder weniger direkten Hilfstruppen der verschiedenen Kanzler. Seit den Wahlen haben sie systematisch die Klassenunterschiede verwischt und während sie die Macht mit den Fortschrittlern und dem Zentrum teilten, haben sie alle diejenigen mit Maschinengewehren niedergemäht, die der sozialistischen Lehre treublieben: die Unabhängigen und die Spartakisten. Scheidemann blieb der Spießgeselle Erzbergers und Herrn von Payers. Aber Rosa Luxemburg und Liebknecht wurden von Offizieren des alten Regimes ermordet, die das neue Regime im Heere gelassen hat.

Werden die Arbeitermassen, die noch nicht mit den Renegaten des Sozialismus gebrochen haben, weil sie noch nicht über ihre Ziele aufgeklärt waren, jetzt das nötige Verdammungsurteil aussprechen? Es ist bekannt, daß die Mehrheitspartei während der letzten Wochen schwächer geworden ist, in dem Maße wie die Unabhängige Partei sich verstärkt hat. Eine allgemeine Revolutionierung des Weimarer Kongresses, (ich sage nicht, daß sie unbedingt kommen wird) müßte die Wirkung eines Keulenschlages gegen die Sozialdemokraten haben, die ihre Klasse verleugnet haben. Und was nicht weniger wichtig sein würde, sie würde die Annäherung aller sozialdemokratischen Parteien vorbereiten, die die „Freiheit" jeden Tag fordert und die, indem sie die Scheidemänner, die Noskes und die Südekums von der Szene verjagt, das Signal zu der zweiten deutschen Revolution geben würde, zu der wirklichen."

Die Angst vor dem Sozialismus.

Die deutschen Kriegsgefangenen sollen nach Unterzeichnung des Friedensvertrages zurückkehren. Das Kriegsministerium trifft bereits die Vorbereitungen für einen würdigen Empfang. Es verschickt folgenden Erlaß an die untergeordneten Dienststellen:

Kriegsministerium. Berlin SW., den 20. Mai 1919.
Unterkunfts-Departement. Prinz-Albrecht-Str. 8.
Nr. 5086. 5. 19 U7/5.

Nach Nr. 800. 5. 19 U7/5 vom 15. 5. 1919 Ziffer 19 Abs. die Beschaffung von Zeitungen in der Hand der Empfangsdienststelle. Das Departement bittet um Mitteilung baldmöglichst
a) mit welchen Zeitungen wegen Gratislieferungen in Verbindung getreten wird,
b) welche Zeitungen zum Verkauf kommen sollen.

Folgende Zeitungen sind von Gratislieferungen und vom Verkauf auszuschließen:
a) „Freiheit", Berlin,
b) „Die Republik", Berlin,
c) „Leipziger Volkszeitung", Leipzig,
d) „Tribüne", Erfurt.

Der Kriegsminister. Der Beauftragte.
J. A.: Karmiese. J. A.: Schlesinger.

An sämtliche Durchgangslager und Abnahmekommissionen.

Der eigenartige Erlaß des Kriegsministeriums legt die Vermutung nahe, daß man wieder beabsichtigt, die Rückkehrenden erst eine Quarantänezeit durchmachen zu lassen, ehe man sie freigibt. Nach den Erfahrungen des vorigen Jahres mit den Rückwandererlagern im Osten darf man in bezug auf den Charakter dieser Quarantänezeit skeptisch sein, hat sich doch bei unserer Heeresverwaltung seit damals fast nichts geändert. Welchen tieferen Sinn der Aufenthalt in den Quarantänelagern im vorigen Jahre hatte, schildert folgende Stelle aus dem Briefe eines damals aus Rußland zurückgekehrten Rechtssozialisten:

„Nun wurden die Leute, eben aus der Gefangenschaft befreit, in den Etappen- und Rückwandererlagern wieder zu Gefangenen gemacht und hinter Drahtverhauen und Postenketten in primitiven Baracken und Kasernen zwei Wochen lang auf ihr politisches Glaubensbekenntnis geprüft. — Auf dem späteren Personalausweis steht dann, daß der Inhaber „geimpft, entlaust und seuchenfrei" ist. Geimpft und gebadet wurde allerdings, Seuchen hat und jedoch kein Mensch untersucht, weil ja auch der einzige Arzt bei ca. 5000 Mann Durchschnittsbelegung kaum damit fertig geworden wäre. . . . Sehr reichlich war jedoch das polizeiliche Personal; aber trotzdem glaube ich nicht, daß mit Hilfe der schwarzen Listen und durch Zensurieren der ausgehenden Korrespondenz viel Verdächtige ausgesiebt wurden. Ich weiß jedoch bestimmt, daß die gute, patriotische Stimmung gründlich verflog." . . .

„Geimpft, entlaust und seuchenfrei" — und um gleich von vornherein jeglicher „Seuchengefahr" vorzubeugen, verbietet das Kriegsministerium jeden Kontakt politisch „infektiöser" Zeitungen. Das „Tageblatt", die „Rundschau", der „Vorwärts" aber werden zu Gratislieferungen eingeladen. „Heil unsern Kriegsgefangenen!"

Die englischen Kriegskosten.

Wie der „Temps" berichtet, hat die englische Regierung ein Weißbuch über die Kriegskosten herausgegeben. Hiernach betragen für das am 31. März 1918 abgeschlossene Rechnungsjahr die gesamten Ausgaben 2 464 800 000 Pfund Sterling. Die auf Grund von bewilligten Krediten erfolgten Zahlungen sind von Anfang 1914 bis März 1918 auf 6 115 215 378 Pfund Sterling angewachsen. Die den verbündeten Mächten während vier Jahren gewährten Vorschüsse betragen 1 208 542 054 Pfund Sterling und die Vorschüsse an die englischen Kolonien 192 160 750 Pfund.

Neuartige Prüfungsmethoden.

Von Gustav Groß.

Die Forderung des Sparens an Zeit und Kraft führt notwendig zu einer Anschauung, die in den letzten Jahren zu dem Schlagwort: „Freie Bahn dem Tüchtigen" geführt hat. Die schwerste Voraussetzung für dieses System ist, daß man sich loslöst von Vorurteilen. Und nur derjenige, der sich bewußt ist, daß er das Leben der Gesellschaft nicht oberflächlich beobachtet, kann sich eine, wenn auch geringe Vorstellung machen, wie tief Vorurteile in der Gesellschaft eingewurzelt sind, und wie sehr diese Vorurteile den Gang der Entwicklung bei jedem Fortschritt hemmen.

Die „Freie Bahn dem Tüchtigen" bedeutet zuerst die Loslösung von allen Traditionen, die Loslösung von allem autoritativ Hergebrachten, sie bedeutet das Nichtanerkennen von Autoritäten, sondern selbständiges, immerwährendes Grübeln und Forschen. In diesem Fall das Selbstprüfen eines jeden arbeitenden Menschen.

In den letzten Jahren sind ganze Wissenschaften entstanden, die sich das Prüfen des Menschen auf seine geistigen und körperlichen Fähigkeiten zum Ziel gesetzt haben. Die Prüfung erfolgt von zwei Standpunkten aus, der menschlichen Kraft und der Nerven. Darunter versteht man zwei Wissenschaften, das vielgepriesene Taylorsystem und die Psychotechnik.

Wir wollen heute auf die Frage der Psychotechnik etwas näher eingehen. Sie ist in ihren Grundzügen vom berühmten amerikanischen Austauschprofessor Hugo Münsterberg in seinem Werk „Psychologie des Wirtschaftslebens" niedergelegt worden und stellt die Tatsache fest, daß wohl ein jeder Mensch die Beschäftigung finden kann, die für ihn die geeignete ist, aber auch, daß derselbe Mensch nicht für eine jede Arbeit Fähigkeiten besitzt. Daraus ergeben sich die Folgerungen der Einführung der Berufsberatung und Berufsprüfung.

Unter Berufsberatung versteht man die wissenschaftliche psychologische Durchforschung desjenigen Menschen, der einen Beruf erwählen will. Auf Grund der mit ihm angestellten Versuche wird festgestellt, ob der Prüfling für einen bestimmten Beruf geeignet ist oder nicht. Eng damit zusammenhängend ist auch die Berufsprüfung. Günstige Versuche hat man in dieser Hinsicht angestellt bei der Wahl von Straßenbahnführern, von Lokomotivführern, von Telephonistinnen usw. Bei diesen Versuchen trachtet man, das Vorhandensein derjenigen seelischen Veranlagungen zu ergründen, die für die Ausübung eines bestimmten Berufes vorhanden sein müssen. Bei der Berufsprüfung werden dann Proben auf den Umfang derjenigen Veranlagungen gemacht, die der Prüfling für den erwählten Beruf aufweisen muß. Wenn sich z. B. erweist, daß der Berufsuchende in Momenten unerwartet eintretender Ereignisse die Geistesgegenwart verliert, so ist es erwiesen, daß er als Motorführer leicht Unglück verursachen könnte.

Natürlich ist es schwierig, solche Prüfungen bei allen Berufen durchzuführen. Man braucht deshalb auch die Verfahren der sogenannten Examina, wie sie an den Schulen und Universitäten üblich sind. Es ist mehr oder weniger klar, daß diese Prüfungen wenig beweiskräftig sind und daß sie in ihrer bisherigen Form nicht viel nützen können.

Wir wollen bei dieser Gelegenheit eine andere Art von Zeugnissen erwähnen, wie sie z. B. in Amerika eingeführt sind bei den Prüfungen von Lehrlingen. Sehr lehrreich in dieser Beziehung ist z. B. das Zeugnis, das die „Westinghouse Electric and Manufacturing Company" bei der Ausbildung von Prüflingen verwendet. Diese Gesellschaft prüft ihre Lehrlinge auf geistige, moralische und physische Eigenschaften. Die geistigen Eigenschaften, die geprüft werden, sind folgende: Persönlichkeit, Enthusiasmus, Lebendigkeit, Angriffslust, Selbsthilfe, Selbstvertrauen, Originalität, Allgemeinbildung, Ausdauer, Humor, Freiheit des Benehmens, Höflichkeit, Gedächtnis, Naturverstand, Urteilsvermögen, Konzentration, Genauigkeit, Geschwindigkeit, Analysieren, praktischer Sinn, Gehorsamkeit, Fleiß, technisches Wissen, Ehrgeiz, Systematik.

Die moralischen Eigenschaften, die geprüft werden, sind Ehrlichkeit, Aufrichtigkeit, Verläßlichkeit, Bescheidenheit, Mut, Benehmen.

Die geprüften physikalischen Eigenschaften sind: Gesundheit, Kraft, Stimme, Gesichtsausdruck.

Wir überlassen es unseren Lesern zu beurteilen, in wieweit diese Art der Prüfung, wo das technische Können als eine der letzten Eigenschaften eines ganzen Mannes gefordert wird, den Prüfungen derjenigen Schulen überlegen ist, die dieses technische und fachliche Können als den einzigen und alleinigen Maßstab für die Ausstellung von Zeugnissen verwenden.

Feldgrau — die große Mode.

Das Reichspostministerium hat bestimmt, daß die Postwagen künftig nicht mehr gelb, sondern — wie kann es anders sein! — grau gestrichen werden. Die gelben Postwagen gehörten zu dem wenigen, was etwas helle, frische Farbe in die Straßen brachte. Der gelbe Lack soll freilich verhältnismäßig teuer sein. Aber kann gelber Lack nur durch grauen Anstrich ersetzt werden? Ist denn Feldgrau immer noch die große Mode? — Das ist die traurige Seite. Aber die erfreuliche Seite ist, daß der „Deutsche Werkbund" sich für den farbigen Postwagen einsetzt! — ein erstes, hochwillkommenes Zeichen erwachender Farbfreudigkeit auch an dieser Stelle.

Max Pallenberg im Deutschen Theater.

Das Deutsche Theater hat seine Sommerspielzeit mit der „Familie Schimek", einem Schwank von Kadelburg, eröffnet. Das ist ein ganz wertloser Schmarren. Kein Mensch würde daran denken, ihn aufzuführen, wenn nicht Pallenberg wäre. Und wenn nicht Pallenberg wäre, so könnte der Kritiker mit Schweigen über diese ganze Sommerangelegenheit hinweggehen. Aber Pallenberg ist einer der ersten Schauspieler Deutschlands, von einer Begabung, die leider nicht häufig ist. Und so ist denn doch einiges zu diesem Sommerscherz zu bemerken.

Pallenberg spielt den Nepomuk Zawadil, die Hauptfigur dieses Schwankes, bereits seit Jahren. Es war immer eine Glanzrolle für ihn. Ohne sich groß zu bemühen, legte er eine „Leistung" hin. Eine schauspielerische Leistung. Er spielte so recht drauflos, wie eine Katze Mäuse fängt, ohne sich viel zu überlegen. Aber da er von Natur ein sehr begabter, um nicht zu sagen großer Schauspieler ist, so wurde daraus die vollendete Darstellung eines Charakters, das lebendige Bild eines kleinen [illegible] Böhmen, engstirnig, [illegible] herzig, nur an sich denkend, nur an seinen Magen, der das, wie man fälschlich zu sagen pflegt, „ungebildeten Proleten", der aber in Wirklichkeit nicht arm, sondern halb- und falsch gebildet und gar kein Prolet, sondern der kleine Bourgeois in Person ist, der Schmarotzer mit der bürgerlichen Moral: „Wenn einer nichts hat, hört sich bei ihm die Anständigkeit auf." Pallenberg gab das Bild dieses ekelhaften Zeitgenossen in seiner ganzen Herzlosigkeit, Grobheit, Roheit und Selbstgefälligkeit so erschöpfend, daß einen manchmal ein Grauen überlief, wie vor Daumiers Spießerbildern, manchmal ein Mitleid vor so viel Armseligkeit.

Das Publikum lachte. Aber nicht, weil es diese Figur und diese schauspielerische Leistung begriff; denn hätte es

Der Wechselbalg.

Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung hat in seiner Sitzung vom Montag, über die wir ausführlich berichtet haben, das Rätesystem in der Verfassung „verankert". Was in dieser Sitzung beschlossen worden ist, ist alles andere als eine Verwirklichung des Rätegedankens, es ist noch nicht einmal dessen Karikatur, es ist geradezu ein Wechselbalg, der hier das Licht der Welt erblickt hat. Der Zentrumsabgeordnete Hinze, die sozialpolitische Leuchte der Ultramontanen, hat die Situation deutlich gekennzeichnet, als er ausführte, daß es sich gar nicht um einen neuen Gedanken handele; es sei die Durchführung des alten Gedankens der Arbeiterkammern und der Arbeiterausschüsse, die nur weiter ausgebaut werden sollen. Und in der Tat wird man in dem vom Verfassungsausschuß gefaßten Beschluß vergeblich nach irgend etwas suchen, was der Verwirklichung des Rätegedankens auch nur im entferntesten ähnlich sieht. Deutlicher konnte die Nationalversammlung durch ihren ersten Ausschuß nicht zeigen, wessen Geistes Kind sie ist. Nicht ein Hauch revolutionärer Energie geht von ihr aus. Muffige Reaktion weht aus ihren Beschlüssen.

Der Rätegedanke ist der Ausdruck des proletarischen Willens, den Sozialismus zu verwirklichen und den Kapitalismus zu beseitigen. Die Verwirklichung des Sozialismus kann nur von der Arbeiterklasse ausgehen, sie muß daher auf den stärksten Widerstand der kapitalistischen Klassen stoßen. Die Organisation zur Durchführung des Sozialismus, zur Ueberführung der kapitalistischen Betriebsweise in die sozialistische ist das Rätesystem, die Verkörperung des alten Grundsatzes in der Arbeiterbewegung, daß die Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Joche des Kapitalismus nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein könne. Es ist daher ein Widersinn, eine Organisation schaffen zu wollen, in der Unternehmer und Arbeiter sich gemeinschaftlich um die Sozialisierung bemühen sollen. Ihr Erfolg könnte nur der sein, daß die kapitalistische Grundlage unseres Wirtschaftslebens erhalten, die Verwirklichung des Sozialismus immer weiter hinausgeschoben wird.

Welche Angst die Regierung davor hat, daß die Arbeiterschaft durch den Ausbau eines wirklichen Rätesystems dem Kapitalismus und dem nach kapitalistischen Interessen orientierten Staatswesen an den Leib gehen könnte, zeigte auch die Begründung des Entwurfs der Regierung mit den vom Unterausschuß beschlossenen Anträgen durch den Berichterstatter, dem rechtssozialistischen Abgeordneten Sinzheimer. Danach soll die Tätigkeit dieser Arbeiter- und Wirtschaftsräte sich lediglich auf wirtschaftliche und sozialpolitische Aufgaben beschränken. Mit Politik sollen sie sich nicht befassen, jeder ernsthafte Eingriff in die kapitalistische Produktionsweise soll ihnen unmöglich gemacht werden. Als wenn sich wirtschaftliche und politische Tätigkeit überhaupt trennen lassen könnte!

Es versteht sich, daß der Antrag der Unabhängigen Sozialdemokratie, durch den den Arbeiterräten erst wirkliche Macht gegeben worden wäre, von der kompakten Majorität des Ausschusses abgelehnt wurde. Woran die Arbeiterschaft erkennen kann, daß die bürgerlichen Parteien und auch die Rechtssozialisten der Verwirklichung des Rätegedankens ablehnend gegenüberstehen, daß sie ihm nur soweit Zugeständnisse machen wollen, daß die Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise durch ihn nicht erschüttert wird. Jedoch haben wir die Hoffnung, daß die weitere politische Entwicklung, wie über so manche Schöpfung der Nationalversammlung, so auch über diesen Wechselbalg bald zur Tagesordnung übergehen wird.

Das Rätesystem in der Landwirtschaft.

Die in Goslar tagende Reichsbauern- und Landarbeiterkonferenz nahm einstimmig einen Antrag des Grafen Keyserlingk im Namen der Schlesier an, in dem der zweite Punkt lautet:

„Die Ausgestaltung der Räteorganisation zu einer wirtschaftlichen Berufsorganisation, die in Gesetzgebung und Verwaltung des Deutschen Reiches und seiner Gliedstaaten maßgebenden Einfluß haben muß, ist geboten."

Ferner wurde gefordert, daß die von der Konferenz gewählte Vertretung der deutschen Bauern und Landarbeiter von der Staatsregierung bei der Beratung und Bearbeitung aller das Rätesystem und die Organisation der ländlichen Berufe betreffenden Gesetze und Verordnungen hinzugezogen sei.

Diese Forderungen scheinen revolutionär. Diejenigen aber, die sie stellen, sind dieselben Junker, die einst im Herrenhaus und im preußischen Landtag das große Wort führten. Das Rätesystem soll ihnen anscheinend als Deckmäntelchen ihrer feudalistischen Interessen dienen.

Die spanische Kammer wird voraussichtlich folgendermaßen zusammengesetzt sein: 228 Konservative, 120 Liberale, 28 Regionalisten, 10 Republikaner, 7 Sozialisten, 7 Reformisten, 7 Unabhängige und 10 Jaymisten.

In der luxemburgischen Kammer teilte der Staatsminister mit, daß Frankreich, was die wirtschaftliche Frage betreffe, auf die Freundschaft Luxemburgs, aber auch auf die Belgiens Wert lege. Frankreich sei bereit, die wirtschaftliche Vereinigung der drei Länder zu untersuchen.

Ledebour vor den Geschworenen.

Der Staatsanwalt und sein Klient.

Bei Beginn der heutigen Verhandlung erhob sich Staatsanwalt Zumbroich und nahm sich in einer längeren Verteidigungsrede des gestern so schwer belasteten Grafen Westarp an. Er wies mit erhobener Stimme darauf hin, daß dieser Graf der Hauptbelastungszeuge in dem Prozeß gegen Frau Steinbrink sowie gegen Broß und Schwann sei, die gestern als Zeugen gegen ihn aufgetreten seien. Dieser Vorgang sei unerhört, er habe aber trotzdem keinen Grund, an der Glaubwürdigkeit des Grafen Westarp irgendwie zu zweifeln.

Rechtsanwalt Herzfeld betonte demgegenüber, daß das Eintreten des Staatsanwalts Zumbroich für den so schwer belasteten Grafen Westarp mehr als seltsam sei. Jeder, der noch menschlich fühlen und menschlich denken könne, sei noch erschüttert von den Aussagen der Zeugen Steinbrink, Braß und Schwann. Jedermann müsse sich sagen, daß an diesen Aussagen nicht zu zweifeln sei. Jetzt komme der Staatsanwalt und schwäche den Eindruck dieser Zeugenaussagen wieder ab. Graf Westarp stehe unter dem dringenden Verdacht, einen Meineid geleistet zu haben, trotzdem nehme der Staatsanwalt in auffallender Weise für ihn Partei. Man müsse sich dabei daran erinnern, daß Graf Westarp der Klient des Herrn Staatsanwaltes sei und sich, wie bereits festgestellt worden wäre, Auskunft über die Art seiner Aussage bei ihm geholt habe.

Diese gerichtsnotorisch gewordene Tatsache klingt dem Vorsitzenden so unangenehm, daß er dem Verteidiger verbietet, das Wort Klient in diesem Zusammenhang anzuwenden. Auch Ledebour darf nicht davon sprechen. Herr Zumbroich versucht sich darauf zu rechtfertigen. Mit hochgerötetem Kopf spricht er von einer „künstlichen Erregung" des Verteidigers, erweckt damit aber nur eine gewisse Heiterkeit, da allgemein bekannt, daß gerade Herr Zumbroich sich bei jeder Gelegenheit künstlich erregt. Der Zwischenfall war für die Staatsanwaltschaft jedenfalls äußerst peinlich. Genosse Ledebour rückte das Verhalten des Grafen Westarp noch einmal ins volle Licht der Wahrheit. Er nahm sich besonders der Zeugin Steinbrink an und deutete an, daß am Ende der Graf Westarp die Ermordung der Parlamentäre selber angeordnet habe.

Der Vorsitzende untersagte ihm pflichtgemäß eine derartige Aeußerung, aber die Ermordung der Parlamentäre, die grausamen Mißhandlungen wehrloser Gefangener, das ganze verbrecherische Verhalten der Herrschaften, die den Sturm auf den „Vorwärts" inszeniert haben, scheint doch auch für das Gericht einen heiklen Punkt zu bilden. Es ist bemüht, den Verteidiger zu verhindern, daß durch weiteres Befragen der Zeugen diese dunkle Angelegenheit restlos aufgeklärt wird. Wieder versteift sich das Gericht darauf, daß derartige Fragen nicht zulässig seien...

Treffender kann das ganze Prozeßverfahren wohl kaum beleuchtet werden, als durch diese Hindernisse, welche der Verteidigung in den Weg gestellt werden, sobald sie einen Versuch unternimmt, die so arg gefürchtete und von der Presse so böß verschandelte Wahrheit aufzudecken.

Gewerkschaftliches.

Die Angestellten und das Gesetz über die Betriebsräte.

Das vom Reichsarbeitsministerium vorbereitete Gesetz über die Betriebsräte ist weiter nichts als eine Umtaufung der jetzt bestehenden Angestellten- und Arbeiterausschüsse. Die Unternehmer sind im großen und ganzen daher mit diesem Machwerk zufrieden. Sehr unzufrieden sind aber die Arbeiter und Angestellten. Namentlich gilt dies auch für die Angestellten, die aus dem Gesetzentwurf ersehen mußten, daß ihnen darin das von ihnen verlangte Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen, Beförderungen und Entlassungen nicht eingeräumt wird. Der vorbereitete Gesetzentwurf bietet in dieser Hinsicht nur ungefähr das Kompromiß, daß die Berliner Angestellten bei ihrem jüngsten großen Streik eingegangen sind. Es geht also jetzt genau so, wie bei der wilhelminischen Regierung: Es wird den Arbeitern und Angestellten nur höchstens das zugestanden, was sie sich bereits vorher erkämpft haben. Der gelbe deutschnationale Handlungsgehilfenverband und die ihm befreundeten Organisationen glauben dadurch dem Unternehmertum zu Hilfe kommen zu müssen, daß sie den Anspruch erheben, der Betriebsrat solle sich auch dann, wenn sich in den Betrieben eine große Masse Arbeiter, aber nur wenige Angestellte befinden, zu gleichen Teilen aus Angestellten- und Arbeitervertretern zusammensetzen. Er gedenkt, diese Angestelltensitze durch seine gelben Anhänger besetzen zu können. Natürlich muß sich der Betriebsrat entsprechend der Zahl der in den Betrieben beschäftigten Angestellten und Arbeiter zusammensetzen, so daß jede Gruppe darin vertreten ist, auch wenn sie sich in der Minderheit befindet.

Die Hauptsache aber: Die Angestellten müssen sich rühren, daß an Stelle dieses Scheinrechtes, das ihnen der vorliegende Gesetzentwurf bietet, ein wirklicher Einfluß auf den Arbeitsvertrag und die Produktion im Betriebe eingeräumt wird.

Protest gegen die Fassung des Mitbestimmungsrechts.

Zu einer großartigen Demonstration gestaltete sich die vom Zentralverband der Handlungsgehilfen einberufene Versammlung am Dienstag abend. Die weiten Räume des Sportpalastes waren dicht gefüllt, es mögen wohl 12—15 000 Personen anwesend gewesen sein. Koll. Lange, Redakteur der Handlungsgehilfen-Zeitung, berichtete als erster Redner über die Besprechungen, die im Reichsarbeitsamt zwischen Gewerkschaftsvertretern und Unternehmern über den beabsichtigten Gesetzentwurf stattgefunden haben. Trotzdem diese Kommission bereits 8 Tage beratend hat, ist sie noch nicht bis zur Hälfte gekommen, da die Wünsche der Unternehmer und die der Angestellten sehr weit auseinandergehen. Die Unternehmer sagen: Mitwirken bei allen Fragen der Anstellung und Entlassung, das dürft ihr, aber entscheiden, das tun wir, denn wir tragen ja auch die Verantwortung für das Unternehmen. Der Redner schildert dann noch die einzelnen Bestimmungen, die sämtlich eine verschleierte Zurücknahme der Rechte bedeuten, die man den Angestellten versprochen hat. Es scheint das Bestreben vorzuherrschen, die Betriebsräte, indem man sie schafft, gleich wieder abzumurksen. Wir wollen nicht nur mitwirken, sondern mitbestimmen und mitentscheiden. Was uns bis jetzt zugestanden ist, sind lauter Selbstverständlichkeiten, in der Hauptsache die Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen. Trotzdem standen die Herren vom Bergbau, von der Industrie und vom Großhandel auf und erklärten feierlich, daß dies den Ruin des deutschen Bergbaus, der deutschen Industrie und des deutschen Großhandels bedeute. Die Betriebsräte sollen den Geschäftsleitungen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Wir wollen aber nicht nur mit Rat, sondern auch mit Tat mitwirken. Wenn Arbeiter und Angestellte Einfluß auf die Geschäftsführung gewinnen, wird es nicht mehr vorkommen, daß deutsche Kohlen während des Krieges ans Ausland billiger verkauft werden, als in Deutschland, auch die sonstigen ungeheuren Unterschleife werden nicht mehr möglich sein. Im Entwurf ist vorgesehen, daß bei vergesellschafteten Betrieben die Angestellten ein Wort mitreden dürfen; das wollen wir aber auch für die Privatindustrie. Und das Wahlalter bemängelt der Redner, das mit 20 Jahren zu hoch angesetzt sei. Wer, der mit 17 oder 18 Jahren eine selbständige Stellung einnimmt, gilt im allgemeinen als vollfähig, ihm muß auch das Wahlrecht gegeben werden. Jede Tücke und jede Gelegenheit benutzen die Unternehmer, um dem Betriebsrat von vornherein das Genick zu brechen. Ich wiederhole nochmals: wir wollen nicht nur mitwirken, sondern auch mitentscheiden. (Lebhafter Beifall.)

Darauf ergriff Koll. Schmidt das Wort. Er geißelte die Stimmungsmache, die mit der Plakatierung des Sozialismus ge-

---

Grund gehabt zu lachen, denn hätte es sich selbst erkennen müssen in dieser Karikatur des borniertesten Bürgertums. Es lachte über Pallenbergs Mätzchen, über die guten und schlechten Witze und über die Tatsache, daß da ein Mann auf der Bühne nicht richtig deutsch sprach. Es lachte über alles, aber am meisten über die ganz plumpen Situationsscherze, über die plumpsten Witze und über die geschmacklosesten Uebertreibungen. Pallenberg ist kein disziplinierter, kein intelligenter, kein selbständiger Schauspieler. Er will dem Publikum gefallen. Und so hat er im Lauf der Jahre, solange er diese Rolle spielt, allmählich alles das weggelassen, was das Publikum übersah und alles mehr betont und übertrieben, was dem Publikum gefiel. Er hat auf alle Feinheiten, alle Nuancen, alle Uebergänge, auf jede Steigerung, auf jeden Aufbau verzichtet, er gibt nur noch, was das Publikum will: knüppeldicke dümmste Komik: so dumm und dick, daß Kühe lachen müssen — aber eben nur noch Kühe.

Und der Regisseur? Er hätte die geschmacklosesten Uebertreibungen dieses durch seine Erfolge beim Sommerpublikum verwöhnten Schauspielers eindämmen können und müssen. Er hätte ihm sagen können: „Herr Pallenberg, dieses Publikum zum Johlen zu bringen, ist weder schwer noch ehrenvoll für einen großen Schauspieler, wie Sie." Aber er hat sich damit begnügt, ein paar Stühle, ein Sofa und einige Schauspieler auf die Bühne zu stellen. Und in diese Szenerie wurde Pallenberg losgelassen. Er erscheint in jedem Akt und gibt eine Sammlung teils böhmisch, teils jüdischer Witze zum besten. Er macht das so gut und so schlecht, wie irgend ein Kabarettkomiker. Aber ist dazu ein ganzes Theater nötig? Ist dazu einer unserer besten Schauspieler nötig? Der Schwindel seiner Wirkung besteht darin, daß er nicht richtig deutsch, sondern halb böhmisch spricht. Das ist keine schauspielerische Leistung. Das ist sehr leicht. Und es gibt heute in Berlin hundert verkrachte Gymnasiasten, die Pallenberg besser nachmachen als er's vermag.

Ich habe gewiß nichts gegen Clowns und Exzentriks. Aber es ist nicht die Komik eines Clowns, das sind die Witze eines Konfektionsreisenden.

Diese Komödie ist ein Trauerspiel: sie zeigt den Niedergang eines großen Schauspielers. Schade! Und schade, daß Max Reinhardt sein Theater und seine Schauspieler dazu hergibt. Es wäre leicht, Pallenberg zu „retten". Ein paar große Aufgaben, Aufgaben, die Mühe und Arbeit verlangen — und wir hätten wieder, was wir verloren haben: einen großen Schauspieler.

Hans Siemsen.

Die Kunst auf Urlaub.

Während der Sommermonate pflegt die Kunst, soweit sie überhaupt auf den Berliner Bühnen eine Stätte fand, auf Urlaub zu gehen. Mit dem Juni (und schon vorher) stellte sich funkelbunter Ersatz ein. Wir begnügen uns, nach ausgiebiger Erörterung des „Falles Pallenberg" eng zusammenfassend noch über einige Veranstaltungen zu berichten.

Leider hatte auch die gestrige, froherwartete Neueinstudierung von Mozarts „Zauberflöte" im Opernhause Unter den Linden alle Merkmale der sommerlichen Pfuscherei, so daß nicht viel Gutes darüber zu sagen ist. Musikalisch (unter Kapellmeister Otto Urack) und dekorativ lag manches im Argen und bedeutete einen Rückschritt gegen frühere bessere Aufführungen der „Zauberflöte" mit ihrem wundervollen Aufbau von der Sinnen- zur Geisteswelt. Auf Mozartischer Höhe stand einsam ragend die Pamina des Frl. Dux, dann ging es bergab über die herkömmlich anständigen Leistungen von Bronsgeest (Papageno) und Hutt (Tamino) bis zu dem völlig unzureichenden Sarastro des Herrn v. d. Sande und den Chören. — Eine Enttäuschung war auch die Ballettpantomime, zu der Erwin von Osen gestern nachmittag die Presse ins Künstler-Theater geladen hatte. Man sah sehr farbige und teilweise graziöse Ballettbilder im Märchenstil mit musikalischer Untermalung von Moesgen, doch mangelte es an künstlerischer Originalität, die diese von Charlotte Klein und anderen hübsch gelungenen Bildern in seelischer Spiegelung haften ließe. — Abends hat jetzt das Künstler-Theater sein Sommerzugstück in dem Schwank „Die Rutschbahn" von Heinz Gordon und Kurt Goetz. Max Adalbert mit seiner trockenen Komik würde als Darsteller wohl auch noch schlechteren Stücken zum Siege verhelfen. Im Lessing-Theater soll „Charleys Tante" mit Guido Thielscher für das Vergnügen der Leute sorgen und im Theater des Westens singt und tanzt die unverwüstliche „Geisha" mit Mia Werber und Hans Waßmann. Im Wallner-Theater haben Paul Eger und Ernst Raimund Machiavellis beißende Komödie „Mandragola" zu einer Lustspielsache umgeformt, wie sie dem lieben Publikum behagt.

Ueber Arzybaschews Schauspiel „Eifersucht", das gestern abend in den Kammerspielen des Deutschen Theaters zum erstenmal in Szene ging, soll morgen einiges gesagt werden.

E. B.

---

ml. Das künftige Heim des Völkerbundes befindet sich in Creux-de-Genthod, sechs Kilometer von Genf entfernt; es ist ein großer, alter Park, mit dem Blick auf die ewigen Schneefelder des Montblanc. Das eine Gebäude soll nach seiner Errichtung dem internationalen Parlament, das zweite dem Schiedsgericht und das dritte dem Arbeitsgerichtshof dienen. Etwas weiter landeinwärts steigt der Besitz an; schattige Waldwege führen bergauf und zu der Stelle, an der die Abgeordneten jeder Nation ihr Heim finden sollen. Drei kleine Schlößchen im Stil des 18. Jahrhunderts sind hierzu ausersehen. Auf dieser Höhe soll auch eine Station für drahtlose Telegraphie eingerichtet werden. Das Gebiet erstreckt sich von dort aus noch weit nach Norden, fast bis zur französischen Grenze, von der es nur noch etwas mehr als ein Kilometer entfernt ist.

Die Freiheit des Geistes. Bei der Abgangsprüfung in einem dänischen Seminar wurde kürzlich als Aufsatzthema gestellt: „Ein Werk, das mich besonders interessiert hat, und aus welchem Grunde?" Einer der Prüflinge beantwortete die Frage wie folgt:

„In den Jahren, in denen ich für die Prüfung gelernt habe, hat mich kein Werk interessiert. Die Ursache dafür ist, daß der Geist nur in Freiheit arbeitet und nicht unter Zwang."

Dann verließ er die Prüfung.

Das Deutsche Theater hat vom „Sturm", der seit Jahren für das Werk des gefallenen Dichters August Stramm eingetreten ist, dessen Dramen „Sancta Susanna", „Kräfte", „Die Unfruchtbaren" zur Aufführung erworben. Die Werke gelangen in der Spielzeit 1919/20 zur Darstellung.

*

Auf der 76. Ausstellung des „Sturm", Potsdamer Str. 134 a, wird das Gesamtwerk des expressionistischen Bildhauers Oswald Herzog gezeigt. In einer größeren Gesamtschau sind sämtliche Künstler des „Sturm" vertreten.

trieben werde. Gehe man diesen Entwurf durch, so sei von Sozialisierung nichts zu finden. Man soll keinen Unfug mit den Betriebsräten treiben. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen kommt der Redner auf die politische Seite der Angelegenheit zu sprechen. Es gibt keine Trennung zwischen Politik und Wirtschaft. Wir fassen die Betriebsräte auch als politische Institutionen auf. Der Redner macht Mitteilung, daß auf Betreiben Noskes vom Staatsanwalt gegen ihn ein Ermittlungsverfahren eingeleitet sei, weil er den Beschluß gegen die freiwilligen Korps nicht verhindert habe. (Diese Mitteilung wird mit stürmischer Unterbrechung und Pfuirufen aufgenommen.) Wir werden die Beschlüsse der Organisation hochhalten, daran wird auch ein Noske und ein Staatsanwalt nichts ändern können. (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.) Wenn es Ruhe geben soll in den Betrieben, dann warnen wir die Nationalversammlung und die Reichsregierung, nicht allzuviel auf die Wünsche der Unternehmer Rücksicht zu nehmen. Wir müssen uns gegen jede künstliche Trennung von Arbeitern und Angestellten wenden. Wir verlangen, daß man den Betriebsräten die Sozialisierung überträgt. Hat die Regierung die Macht nicht, das gegebene Versprechen einzulösen, dann soll sie so ehrlich sein und abtreten. (Stürmischer Beifall.) Der Redner erhebt Anklage gegen die Regierung wegen ihrer Untätigkeit gegen die Sabotage der Unternehmer. Dieser Gesetzentwurf ist keinen Pfifferling wert. Wird dieser Entwurf Gesetz, dann verpflichten wir uns, innerhalb der Betriebe nach den Erfordernissen der heutigen Zeit zu verfahren. Der Entwurf bringt das Begräbnis der Arbeiterräte. Was uns die Revolution gebracht hat, soll uns wieder genommen werden. Sie müssen bereit sein zur Tat, wenn ihre Führer sie rufen. (Langanhaltender Beifall.) In der Diskussion wird der Gesetzentwurf als eine Herausforderung der elementarsten Rechte der Angestellten und Arbeiter bezeichnet. Es marschiert nicht der Sozialismus, sondern der Kapitalismus. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen: Die von vielen Tausenden besuchte Versammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen gibt ihrer Entrüstung darüber Ausdruck, daß die Regierung ihr Versprechen, einen Gesetzentwurf über Betriebsräte vorzulegen, nicht eingelöst hat. Der als Gesetz über die Betriebsräte bezeichnete Entwurf verdient diesen Namen in keiner Weise, er ist nichts als eine Verhöhnung der Angestellten, die einen Gesetzentwurf verlangen, der ihnen das volle Mitbestimmungsrecht bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und bei der Produktion und dem Warenabsatz zugesteht. Die Angestellten lehnen es ab, fernerhin nichts weiter als die Lohnsklaven der Unternehmer zu sein.

Der Friede im Leitergerüstbau sichergestellt.

Bei den Verhandlungen am 3. Juni mit den Unternehmern im Gerüstbaugewerbe wurde folgende Vereinbarung getroffen: Für Leitergerüstbauer 2,75 M. pro Stunde ab 30. Mai, 2,80 M. ab 1. Juli; Platzarbeiter 2,55 M.; für Poliere 25 Pf. pro Stunde Zuschlag. Fernerhin wurde anerkannt, daß bei weiterem Steigen der Löhne der Maurer, Zimmerer und Dachdecker auch die für die Leitergerüstbauer entsprechend erhöht werden bezw. ermäßigt werden. Hinsichtlich der Nachzahlung vom 17. Mai bis 29. Mai sollen die Arbeitnehmer mit den Arbeitgebern in den einzelnen Betrieben verhandeln.

Die hierauf tagende Vollversammlung der Leitergerüstbauer hat durch ihre Geschlossenheit bewiesen, daß alle Kollegen bereit waren diese Forderungen durch den Kampf zu erobern. Einstimmig wurde die Tätigkeit der Lohnkommission anerkannt. Sollten sich in Betrieben Berlins und Umgebung Differenzen ergeben, so sind Meldungen sofort an den Kollegen Hermann Walter, Pettenkoferstraße 36, zu richten. Die Branchenleitung.

Spandau, Gewehrfabrik. Die Informationslokale befinden sich jetzt: Norden: Gleimstr., Ecke Graunstr.; Schulstr., Ecke Maxstraße bei Korb. Nordosten: Friedeberger Str., Ecke Braunsberger Str. Osten: Romintener Str. 34. Süden: Boppstr. 1 bei Blenkle. Moabit: Waldenser Str. 19 bei Thielemann. Charlottenburg: Dahlmannstr. 33 bei Schulz. Spandau: In der Glocke.

Groß-Berlin.

Die Kommunalisierung der Straßenbahn.

Der Zweckverband von Groß-Berlin beschäftigte sich heute mit der Kommunalisierung der Straßenbahn. Nach dem Vertrage kann die Ueberführung der Bahn in die öffentliche Hand erfolgen, wenn ein bestimmt festgesetzter Uebernahmepreis erlegt wird. Dieser Uebernahmepreis würde heute 150 Millionen Mark betragen. Der Verband hat keine Veranlassung, diesen hohen Preis anzulegen. Nach Sachverständigengutachten ist die Uebernahme kaum 100 Millionen wert. Es liegt kein Anlaß vor, den Aktionären 50 Millionen Mark in die Taschen zu lanzieren, zumal das auf Kosten des Publikums ginge; freiwillig gibt aber die Gesellschaft ihre Vertragsrechte nicht her.

Der Zweckverband ist nun nicht ganz wehrlos. Er hat es in der Hand, ob er den heute geltenden Tarif verlängern will oder nicht. Im März kam die Gesellschaft durch einen Schiedsspruch in den Genuß des höheren Tarifs; weil unter dem Druck des Streiks entschieden wurde, daß die höheren Löhne nur gezahlt würden, wenn die Tarife erhöht würden. Das geschah damals aber nur auf drei Monate. Nun sind die Löhne nicht gesunken und die teuere Lebenshaltung eröffnet auch keine Aussicht, daß in absehbarer Zeit sich das ändern wird. Eine mit der Prüfung der Materie betraute Kommission kam nach eingehenden Beratungen zu dem Resultat, daß eine Verlängerung des Tarifs nicht erfolgen könne. Es müsse verlangt werden, daß die Gesellschaft auf ihren Schein verzichtet und sich bereit erklärt, das Unternehmen gegen 100 Millionen Mark dem Zweckverband zur Verfügung zu stellen. Der Verbandsversammlung, die heute tagte, wurde in diesem Sinne berichtet.

Nach kurzer Diskussion, in der für die sozialdemokratischen Mitglieder Heinemann darauf hinwies, daß die Arbeiter und Angestellten bei Uebernahme in keiner Weise benachteiligt würden und sich auch freuten, aus dem Joch der Großen Berliner herauszukommen und daß ferner bei Uebernahme der Bahn mit derselben Rücksichtslosigkeit vorgegangen werden müßte, wie das die Gesellschaft im Interesse ihrer Aktionäre seit Jahrzehnten getan hat, wurde die Verlängerung des bisherigen Tarifs über 30. Juni dieses Jahres hinaus abgelehnt und eine Kommission beauftragt, Verhandlungen wegen Uebernahme in die öffentliche Hand einzuleiten und eventuell auf die Ostbahnen einzubeziehen.

Mit diesem Beschluß ist endlich klare Bahn geschaffen. Die Große Berliner wird versuchen, ihre Position zu stärken, indem sie den Arbeitern sagt, sie könne vom 30. Juni ab die bisherigen Löhne nicht mehr zahlen, da sie diese Ausgaben aus eigenen Mitteln nicht zahlen will und nicht zahlen könne.

Es ist zu hoffen, daß sie die Hilfe der Arbeiter diesmal nicht findet, auf die sie hofft. Dann ist sie in einer Lage, die sie bald nötigt, von ihrem hohen Postament herunterzukommen.

Im Allgemeininteresse ist das nötig.

Etatberatung in Neukölln.

Die gestrige Stadtverordnetensitzung stand im Zeichen der Etatberatung. Bürgermeister Dr. Mann erläuterte in einer kurzen Rede die kommenden Aufgaben der Stadtverwaltung. Der Gesamtetat balanziert mit 107 772 891 Mark, ein Mehr gegen das Vorjahr von über 51 Millionen. Viele Aufgaben, die durch den Krieg zurückgestellt waren, sind in das Programm für 1919 eingesetzt. So erfordert das neugegründete Wohlfahrtsamt einen Zuschuß von 492 000 Mark, das Krankenhaus einen solchen von 2 378 000 Mark. Ferner sind neuerrichtet Wohnungsamt, Jugendamt, Fürsorgestellen für Geschlechtskranke, Tuberkulose ... Große Summen erfordert auch die neue sozialpädagogische Organisation, welche als Hauptziel den Aufbau der Einheitsschule und die Förderung des Begabtenwesens hat. Der Einkommensteuerzuschlag ist von 180 Prozent auf 260 Prozent ... gesetzt, die Grundsteuer erhöht von 3 pro Mille auf 3,5 für bebaute und von 6 pro Mille auf 7 für unbebaute Grundstücke. Die Kanalisationsgebühr beträgt 2½ Prozent und 1 Prozent Kriegszuschlag. Die Verpflegungssätze sollen auf 7 Mark erhöht werden. Der Sprecher der Rechtssozialisten, Herr Scholz, erklärte die Zustimmung seiner Fraktion zum Etat. Er beantragte, die Krankenhaussätze auf 6 Mark festzusetzen und betonte, daß die Lösung der Kulturaufgaben Neuköllns nur möglich sei im Rahmen eines einheitlichen Groß-Berlins. Genosse Kunzler erklärte, der Etat sei für die Fraktion der U. S. P. unannehmbar. Der Steuersatz von 260 Proz. bringt eine derartige Belastung der ärmeren Bevölkerung mit sich, daß er dem unmöglich zustimmen könne, dasselbe trifft für die ungeheuerliche Erhöhung der Gaspreise zu. Die Löhne der städt. Angestellten sind nicht so, daß man sich damit zufrieden geben könne. Es werden noch wahre Hungerlöhne gezahlt. Wir wenden uns gegen die Zuwendungen an kirchlichen Vereine, die auch in diesem Etat wieder enthalten sind. Auch die Schankkonzessionssteuer müssen wir ablehnen. Die Zustände unserer Finanzen sind trostlos, in den nächsten Jahre werden wir die Steuern wieder erhöhen müssen. Die Verelendung des Volkes schreitet immer weiter fort. Eine gesunde Gemeindepolitik kann nur getrieben werden in einem wahren sozialistischen Staatswesen. Die bürgerlichen Fraktionen erklärten ihre Zustimmung zum Etat. Die Debatte wurde dann ausgesetzt, um die für ungültig erklärten Stadtratswahlen vorzunehmen. Herr Roß (Dem.) gab eine Erklärung ab, daß sich die bürgerlichen Parteien, nachdem ihnen kein weiteres Mandat bewilligt ist, an der Wahl nicht beteiligen. Sie verließen darauf den Saal. In 13 Wahlgängen, welche ... mehrere Stunden in Anspruch nahm, wurden darauf die 13 Stadträte gewählt. ... Abraham, welcher den Einspruch erhoben hatte, wird nun zufrieden sein, wir gönnen ihm die Freude. Gewählt wurden von den Rechtssozialisten die Herren Schucht, Conrad, Dr. ...stein, Kuske, Jäckh, Wutzki und Köhn, und unsere Genossen Behm, Beerwald, Lachmund, Gottschalk, Schulz und Wie... Heut Abend Fortsetzung der Etatberatung und Anträge.

Der Jüdische Sozialdemokratische Arbeiterverein „Bund" hat ... Versammlungslokal in den Sophiensälen 18 (Turnsaal). ...nahmen von Mitgliedern täglich von 8—10 Uhr abends.

Aus den Organisationen.

Stralau. Am Donnerstag abend, 7 Uhr: Oeffentliche Einwohnerversammlung in der Alten Taverne. Thema: Stellungnahme zum Amtsantritt des neuen Gemeindevorstehers Herrn Pohling.

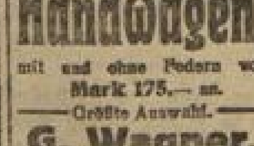
Briefkasten.

W. L. Die auf den Minensuchbooten eingestellten Mannschaften haben es abgelehnt, zur Noske-Garde überzutreten. Sie haben für Ihren Bruder daher nichts zu befürchten.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck: Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm ...

5. Kreis Ib Abteilung.
Mit dem früheren Bezirksführer Genossen
Rudolf Lüdeke
Naugarder Str. 18, ging wieder einer der Unseren dahin. Nachdem ihn der Krieg durch Kopfschuß zum Invaliden gemacht hatte, griff auch die Proletarierkrankheit den schon geschwächten Körper an, so daß er derselben nach längerem Krankenlager am 1. Juni erlag. Wir verlieren in ihm einen von sozialistischem Geist durchdrungenen Genossen. Sein Werk zu vollenden sei unser Gelöbnis am Grabe. Die Beerdigung findet am Donnerstag, d. 5. d. Mts. um 3 Uhr auf dem städtischen Friedhof in Buch statt. Abfahrt 1.46 Uhr vom Bahnhof Gesundbrunnen. Rege Beteiligung erwünscht
Die Abteilungsleitung.

Gesangverein ... Am 1. Juni verschied plötzlich unser lieber Sangesbruder
Max Bäcker.
Pasteurstr. 16.
Wir verlieren in dem Dahingeschiedenen einen treuen u. lieben Sangesbruder. Wir werden ihm über das Grab hinaus stets ein treues Andenken bewahren.
I. A. Der Vorstand.
Die Beerdigung findet am Donnerstag 4 Uhr ... Weißensee, Falkenbergstraße, statt.


Handwagen,
mit und ohne Federn von Mark 175.— an.
Größte Auswahl.
G. Wagner,
Köpenicker Straße 71.
(Kein Laden.)

Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie.
Am Donnerstag, den 5. Juni, abends 7 Uhr, findet im Real-Gymnasium (Aula), Lichtenberg, Parkaue
Öffentliche Versammlung
statt.
Thema: Die Einheitsfront des Proletariats.
Ref.: Dr. Dahle (S.P.D.), Red. Wilke (U.S.P.D.)
Sozialisten erscheint in Massen.
Eintritt 20 Pfg. Der Vorstand Bezirk Lichtenberg.

Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie.
Freitag, den 6. Juni,
findet in der Aula der Margarethen-Schule, NO., Ifflandstr. 10, abends ½7 Uhr
Mitgliederversammlung statt.
1. Wahl des Vorstandes.
2. ... treffen müssen.
Um recht rege Beteiligung bittet
Der Vorstand.
... Mitgliedskarte legitimiert.

BUCHHANDLUNG
der Verlagsgenossenschaft „Freiheit"
e. G. m. b. H.

Neue Literatur der U. S. P. D.
Soeben erschienen!
Der Weg zum Sozialismus
32 Seiten. Von Otto Bauer. Preis 50 Pfg.
Was ist Sozialisierung?
30 Seiten. Von Karl Kautsky. Preis 30 Pfg.
Kautskys Schrift ist eine Wiedergabe seines Vortrags auf dem zweiten Rätekongreß; die Broschüre von Bauer stellt die theoretische Grundlage der Sozialisierungsgesetze dar, die der Verfasser als Staatssekretär für Sozialisierung der Nationalversammlung in Deutsch-Oesterreich vorgelegt hat. Beide Schriften ergänzen einander und bilden zusammen einen gemeinverständlichen Leitfaden zum Verständnis des Problems der praktischen Verwirklichung des Sozialismus.
U. S. P. und Gewerkschaften.
16 Seiten. Von Robert Dissmann. Preis 30 Pfg.
Die Broschüre ist ein Sonderabdruck der Rede des Genossen Dissmann auf dem Parteitag der U. S. P. D. Sie erläutert die Stellung der Partei zu den brennenden Fragen der gewerkschaftlichen Taktik in der sozialen Revolution.

Die Schriften sind durch jede Buchhandlung sowie direkt von der Buchhandlung der Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19, zu beziehen.

Verlangen Sie kostenlos ein Probeheft
Die freie Welt
Illustrierte Wochenschrift der U.S.P.D.
Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.

PIANOS, FLUEGEL neu und gebraucht
Römhildt A.-G., Leipziger Str. 119/120

Spezial-Arzt
Dr. Scotti
für Haut-, Harn- und Frauen-Leiden — Salvarsan - Kuren
Urin- und Blutuntersuchungen
in Heil-Anstalt Löser
Rosenthaler Str. 69—70
10—1, 5—8, Sonnt. 10—1
Separater Damen-Wartezimmer.

In Sandmanns Tuchgeschäft
kauft man prima Herren- und Damenstoffe zu Fabrikpreisen.
Kein Laden! Verkaufszeit 9—7 Uhr. Kein Laden!
Bln.-Pankow, Görschstraße 13.

Gewerkschaften und Vereinen
empfehle mich als Kapellmeister zu Festlichkeiten, Dampferpartien und Ausflügen. Erstklassige Musiker stets vorhanden, Pianisten, Geiger, Streich- und Blasmusik.
Fernsprecher Amt Uhland 972.
Otto König, Kapellmeister, Wilmersdorf. Johannisbergerstr. 9.

Buchhandlung
der Verlagsgenossenschaft „Freiheit"
e. G. m. b. H.

Schriften der U. S. P. zum Frieden.
Annehmen oder ablehnen?
Die Unabhängige Sozialdemokratie und der Friede.
Mit Beiträgen von K. Kautsky, Og. E. Graf, C. Ballod, A. Stein, R. Hilferding und H. Haase.
40 Seiten Preis 50 Pf.
Deutschland nach dem Frieden.
Wirtschaftspolitisches zu den Versailler Bedingungen.
Von Engelbert Graf.
16 Seiten Preis 30 Pf.
Die Schriften erklären und rechtfertigen den Standpunkt der U. S. P. in der Friedensfrage. Sie geben den Genossen das geistige Rüstzeug im Kampfe gegen die aufkommende nationalistische Flut.
Die Schriften sind durch jede Buchhandlung zu bez. sowie direkt von der Buchhandlung der Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19

U. S. P. 4. Kreis, Görlitzer Viertel.
Urania, Wrangelstr. 11
Morgen Donnerstag, d. 5. Juni, 8 Uhr abends
Lichtbilder-Vortrag
des Schriftstellers Hans Siemsen
über
Die Revolution in Berlin
mit authentischen Lichtbildern aus den Revolutions- und Straßenkämpfen.
Eintritt 1 Mark.
Vorverkauf bei allen Funktionären des Görlitzer Viertel und von 7 Uhr ab an der Abendkasse.

Wie ein Wunder ... Sen.-Rat Dr. Strahls ... Elefanten-Apotheke BERLIN SW 19 ...

Zuverlässige Boten ... Freiheit-Spedition ... becker Straße 12

Parzellen am Bahnhof ... see, Birkenwerder ... 300.— Anzahlung ...

Dauerwäsche ... Born, ...

Spiralbohrer ...

Sommeranzug ...

Bandonium ...

Schreibmaschine ...

Teppich ...

Kaufe ständig ...

Großen Erfolg haben selbst Kleinen Anzeigen in der „Freiheit"